

Portugal

ÁLVARO DE VASCONCELOS

Im Laufe des Jahres 1996 hat sich die portugiesische Europapolitik umfassend verändert. Diese Veränderung hat zu einer positiveren Herangehensweise an die internationale Regierungskonferenz geführt, insbesondere mit Blick auf die Frage der gemeinsamen Sicherheitspolitik. Schon Ende 1995 hatte die portugiesische Regierung die Teilnahme von 900 Soldaten an den NATO-Operationen in Bosnien beschlossen. Dieser Entschluß stellt einen weiteren klaren Hinweis auf die Veränderungen der portugiesischen Politik dar. Gleichzeitig ist verstärkt der Überzeugung Ausdruck verliehen worden, daß Portugal ein Teil der ersten Gruppe der Länder, die mit der Währungsunion beginnen würden, sein könnte.

Unmittelbar zu Beginn des Jahres erläuterte der neue Außenminister Jaime Gama die entscheidenden Aspekte der portugiesischen Europapolitik:

- die Suche nach einer ausgeprägteren Rolle mittels aktiver Beteiligung an der Regierungskonferenz;
- der Erhalt der bis jetzt für Portugal erzielten Ergebnisse;
- Widerstand gegen jegliche Formen von Machtzentralisierung oder gegen eine signifikante Veränderung des derzeitigen Gleichgewichtes zwischen den Institutionen.

Darüber hinaus betonte er die portugiesische Unterstützung für eine Erweiterung der Union, wobei er allerdings gewisse Vorbehalte mit Blick auf die künftige Entwicklung der GASP und der gemeinsamen europäischen Verteidigungsidentität zum Ausdruck brachte.¹

Die portugiesische Einstellung zur Reform des EU-Vertrages ist im Verlauf der Regierungskonferenz und des Gipfels von Amsterdam deutlich geworden. Portugal hat die Integration der WEU in die EU sowie die Erweiterung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft auf bestimmte Teile des „dritten Pfeilers“ unterstützt, und seinen Widerstand gegen eine institutionelle Reform, die seine relative Bedeutung reduzieren würde, beibehalten. Zudem hat sich das Land für die Ergänzung des Vertrages um ein Kapitel zu den Menschenrechten ausgesprochen.

Am 16. Januar 1996 kamen die ersten portugiesischen Soldaten in Bosnien an. Dieses Ereignis war ausgesprochen wichtig, denn es war das erste Mal seit dem Ersten Weltkrieg, daß Angehörige der portugiesischen Streitkräfte an einer militärischen Operation innerhalb Europas teilnahmen.

Die Regierung stellt sich zudem nicht länger auf den Standpunkt des vorigen Premierministers Aníbal Cavaco Silva, der die Ansicht vertrat, daß sich Portugal in militärischer Hinsicht vor allem in Afrika engagieren solle. Laut dem neuen Verteidigungsminister António Vitorino ist „die Teilnahme an der IFOR ein Ausdruck

unserer Verantwortung als Mitglied der Europäischen Union“.² Die Regierung beabsichtigte mit der Teilnahme an der IFOR und später an der SFOR, ihren europäischen Partnern zu beweisen, daß Portugal keineswegs ausschließlich an den finanziellen Vorteilen der Mitgliedschaft der EU interessiert ist. Dabei wurde die portugiesische Teilnahme selbstverständlich durch die Tatsache, daß die militärischen Operationen unter der Schirmherrschaft der NATO standen und eine starke amerikanische Präsenz beinhalteten, erleichtert.

Obwohl die portugiesische Position gegenüber der europäischen Entwicklung zu Beginn des Jahres etwas unklar und in gewisser Weise zögerlich war, ist sie im Laufe des Jahres weiter gefestigt worden und nähert sich dem europäischen „Mainstream“. Dies war teilweise die Fortsetzung einer bereits unter der vorigen Regierung erkennbaren Entwicklung, zumindest seit der EU-Präsidentschaft 1992.

Am Tag vor der Regierungskonferenz bestätigte das Außenministerium: „Die Europäische Union benötigt eine Verteidigungs- und militärische Komponente, nicht nur als Ausdruck der WWU und der politischen Union, sondern als eine Form der operativen Unterstützung für die NATO.“³ Portugal versuchte, sich von seinem Atlantik-fokussierten Image zu lösen, das sich aus der portugiesischen Unterstützung für die britische Haltung während der Verhandlungen über den Maastricht-Vertrag ergeben hatte. Gemeinsamkeiten mit Großbritannien bezüglich europäischer Themen sind inzwischen weitestgehend verschwunden, und man bemüht sich aktiv um stabilere Beziehungen mit den zentralen Akteuren des europäischen Einigungsprozesses. Ein Aspekt dieser Bemühungen war die Suche nach deutsch-portugiesischen Übereinstimmungen, die in der Folge zu mehreren politischen Initiativen führten. Diese Initiativen hatten bereits in der Zeit vor den Wahlen begonnen, als der Führer der sozialistischen Partei, António Guterres, Helmut Kohl aufsuchte, und wurden mit dem offiziellen Besuch des deutschen Kanzlers in Portugal im Mai 1996 – nachdem António Guterres das Amt des Premierministers angetreten hatte – fortgesetzt.

Für António Guterres hatte die portugiesische Teilnahme an der Währungsunion von Anfang an absolute Priorität, insbesondere, da er einen Ausschluß von der Währungsunion zugleich als Ausschluß vom lebenswichtigen Kern der europäischen Politik ansieht: „Portugal hat ein entscheidendes Interesse daran, im Zentrum der Entscheidungen der europäischen Entwicklung zu stehen. In den kommenden Jahren wird es einen um die Währungsunion herum konstruierten Kern und einen Außenbereich von Ländern ohne Einfluß auf die Entscheidungen geben.“⁴ Allmählich scheint sich Portugal zu einem vielversprechenden Kandidaten für die dritte Phase der WWU zu entwickeln, da das Land Maßnahmen zur Eindämmung öffentlicher Ausgaben unternommen hat, die Inflation ist wesentlich gesunken, und die portugiesische Volkswirtschaft ist gewachsen (laut der OECD im Jahre 1996 um 3,2% des Bruttosozialproduktes). 1996 erfüllte Portugal lediglich die Bedingungen bezüglich der Langzeitentwicklung der Zinsen, aber die ersten paar Monate des Jahres 1997 erwecken den Anschein, als ob das Land in diesem Jahr alle Konvergenzkriterien erfüllen würde (Defizit unter 2,9% des Brut-

tosozialproduktes, Verschuldung von 69% des Bruttosozialproduktes, Inflation 2,9%).⁵

Die sozialistische Regierung macht die Teilnahme Portugals am Euro keineswegs von der Spaniens abhängig, und widersetzt sich den Versuchen des italienischen Ministerpräsidenten Prodi, eine Mittelmeerachse zugunsten einer Verschiebung der gemeinsamen Währung aufzubauen. Zudem weist sie sämtliche Ideen der Mittelmeeranrainerstaaten zurück, die eine portugiesische Teilnahme trotz der Erfüllung der Konvergenzkriterien verhindern könnten.

Klaus Kinkel erklärte in Lissabon: „Umgekehrt honorieren wir die großen Anstrengungen unserer Partner, gerade auch Portugals. Dieses Land hat eine bemerkenswerte Stabilitätskultur entwickelt. (...) Kein Land, das Stabilitätskriterien dauerhaft erfüllt, wird vom Euro ausgeschlossen werden.“⁶ Allerdings läßt sich die Verwendung des Begriffs „dauerhaft“ in diesem Zusammenhang zugleich als Warnung verstehen, angesichts der Schwierigkeiten, die sich vermutlich noch für Portugal ergeben werden. Unabhängig davon, ob dies als Warnung gemeint war, war die portugiesische Position zum Stabilitätspakt in Amsterdam näher an der von Lionel Jospin als an der von Helmut Kohl. Dabei muß allerdings auch gesagt werden, daß Guterres seit seinem Amtsantritt der sozialen Dimension der europäischen Entwicklung besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat, insbesondere der Arbeitslosigkeit, obwohl diese in Portugal selbst im Vergleich zum europäischen Durchschnitt niedrig ist (im Februar 1997 betrug die Arbeitslosenquote 7,1%). Portugal hat als ein Land des Zusammenhaltes ein eindeutiges Interesse daran, den europäischen Integrationsprozeß nicht nur im ultra-liberalen und monetaristischen Sinne zu sehen. Dieses Interesse spiegelt sich auch in den portugiesischen Vorbehalten gegen die übermäßige Tendenz der Kommission, Freihandelsverträge mit Staaten der sogenannten Dritten Welt abzuschließen, wider.

Insgesamt ähneln die Positionen der Regierung denen der größten Oppositionspartei, der sozialdemokratischen Partei PSD, welche zur Zeit von Marcelo Rebelo de Sousa geführt wird. Allerdings widersetzen sich sowohl die Volkspartei als auch die kommunistische Partei der Europapolitik der Regierung. Beide Parteien vertreten die Ansicht, daß Portugal weder vollständig an der europäischen Integration noch an der gemeinsamen Währung teilnehmen sollte.

Der am 14. Januar 1996 neugewählte Präsident der Republik, Jorge Sampaio, unterstützt die europäische Integration vorbehaltlos, und betont insbesondere die Notwendigkeit für Europa, sich als ein realer und handlungsfähiger Akteur gerade auch im Bereich der Verteidigungspolitik zu etablieren. Mit Blick auf die Erweiterungsfrage stellt sich Jorge Sampaio auf den Standpunkt daß „Portugal, ebenso wie auch die anderen südlichen Länder, handeln [muß]. Wir müssen die Erweiterung wirklich unterstützen“.⁷

Ein besonders wichtiges Ereignis des Jahres 1996 und Anfang 1997 war die Entscheidung, in Portugal ein Referendum über die Europäische Union durchzuführen. Dies wird das erste Referendum in diesem Zusammenhang sein, und aller Wahrscheinlichkeit nach im ersten Halbjahr 1998 stattfinden, es wird vom derzeiti-

gen Präsidenten der Republik, seinem Amtsvorgänger Mário Soares, und allen Teilen des politischen Spektrums unterstützt.

Ein Argument für die Abhaltung eines Referendums ist die Tatsache, daß eine solche Maßnahme von der portugiesischen Bevölkerung unterstützt wird, wie sich aus verschiedenen Umfragen ablesen läßt. Etwa 80% der Portugiesen befürworten ein Referendum zum neuen EU-Vertrag, ein Prozentsatz, der zu den höchsten in allen fünfzehn EU-Mitgliedstaaten zählt.⁸

Allgemein gesprochen unterstützt die portugiesische Öffentlichkeit den europäischen Einigungsprozeß und Portugals Teilnahme daran nach wie vor, obwohl die vorliegenden Daten nicht mehr so eindeutig wie zu Beginn der neunziger Jahre ausfallen. 54% der Portugiesen unterstützen die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union, lediglich 10% sind dagegen.⁹ Die Zahl derjenigen, die meinen, daß Portugal Vorteile durch den europäischen Einigungsprozeß hat, ist relativ konstant (69%).

60% der Portugiesen unterstützen die Währungsunion und die Absicht der Regierung, die Teilnahme an der dritten Stufe von Anfang an als wesentlich zu behandeln.¹⁰

Die portugiesische Haltung gegenüber der Europäischen Union wird in Zukunft von der Teilnahme des Landes an der gemeinsamen Währung abhängen. Falls Portugal trotz seiner Bemühungen und der Erfüllung der Konvergenzkriterien an der Teilnahme gehindert werden wird, werden viele Portugiesen unter den Einfluß der Rhetorik der anti-europäischen Parteien kommen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Christoph Rojahn, Forschungsgruppe Europa, Centrum für angewandte Politikforschung am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität Universität München.

- 1 Beitrag des Außenministers beim traditionellen jährlichen Seminar für hochgestellte Angehörige des diplomatischen Dienstes.
- 2 Público v. 27.2.1996.

3 Público v. 29.5.1997.

4 Diário de Noticias v. 26.9.1996.

5 Vgl. Público v. 13.2.1997.

6 Konferenz zum Thema „Perspektiven deutscher Außen- und Europapolitik“ v. 9.4.1997, organisiert vom IEEL.

7 Diário de Noticias v. 26.9.1996.

8 Vgl. Europinion 10 (1997) und 11 (1997).

9 Vgl. Eurobarometer Nr. 46, Mai 1997.

10 Vgl. ebd.